

Ute Osterkamp

Vergangenheitsbewältigung: Aber wie?

I.

Die Vorstellung, daß in der DDR, wie unvollkommen auch immer, ein Stück Sozialismus realisiert bzw. Menschen darum bemüht waren, einen solchen Sozialismus zu entwickeln, bedeutete Halt und vermittelte zugleich die Hoffnung, im Kreis Gleichgesinnter aufgehoben zu sein, dort in der Arbeit die Unterstützung zu finden, die einem im Westen weitgehend vorenthalten blieb, mal nicht gegen den Strom, sondern mit dem Strom schwimmen zu können, eindeutig auf der Seite der Gerechten bzw. derjenigen zu stehen, die sich nicht nur im Recht wissen, sondern zugleich die Macht haben, dem Recht auch Geltung zu schaffen.

Daraus ergab sich die Neigung, alle, die Kritik an der DDR übten, als Dissidenten oder Utopisten abzuwerten, die der antikommunistischen Propaganda aufsaßen und den Sozialismus verrieten, indem sie sich über die realen Schwierigkeiten und Probleme seiner Verwirklichung hinwegsetzten. In dem Maße jedoch, wie die Verhältnisse in der DDR der Kritik entzogen blieben, erschienen automatisch deren Kritiker als Problem. Die marxistische Erkenntnis über die bestimmende Bedeutung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde damit nur auf den Kapitalismus angewandt, für den Sozialismus jedoch suspendiert.

Der Irritation, die durch Kritik an den Verhältnissen in der DDR gesetzt worden wäre, ging man weitgehend dadurch aus dem Wege, daß man die Glaubwürdigkeit jener in Zweifel zog, die sie vermittelten. Allein die Tatsache, daß sich ihre Kritik durch die herrschende Ideologie und Politik des Antikommunismus mühelos vereinnahmen ließ, schien sie von vornherein ins Unrecht zu setzen und jede Überprüfung überflüssig zu machen. In dieser Einschätzung fühlte man sich unmittelbar bestätigt, wenn einige der sogenannten Dissidenten nach ihrer Abwendung vom Sozialismus zunehmend reaktionäre oder mystisch-versponnene Thesen vertraten. Ebenso schien einem die Klage vieler DDR-BürgerInnen, daß sie um der eigenen Karriere willen gezwungen gewesen seien, in die Partei einzutreten, eher ein Beweis des persönlichen Opportunismus der Betroffenen als für die unterdrückende Qualität des DDR-Staates zu sein. Statt das System zu kritisieren, das den Opportunismus abverlangte, kritisierte man die »Opportunisten« und zeigte damit in der Praxis ein Verhalten, das man in der Theorie ständig bekämpfte.

Es lassen sich bei genauerem Hinblicken viele Beispiele finden, wo man sich herausgehalten, dem anderen Verständnis versagt, darauf verzichtet hat, sich zu informieren, um die Loyalität zur DDR bzw. die eigene sozialistische Standhaftigkeit nicht zu gefährden. Eine solche defensive Haltung, die letztlich selbst

opportunistisch ist, konnte sich umso eher durchsetzen, als sie zugleich immer auch als Widerständigkeit gegen die verbreitete antikommunistische Ideologie und die allseits abverlangte Distanzierung von der DDR erschien.

II.

Trotz dieser durchaus fragwürdigen Haltung empfinde ich heute keineswegs Schuldgefühle, sondern eher ein Verlustgefühl und eine gewisse Erschütterung über die vielfältigen Formen der Realitätsabwehr, die mir erst jetzt allmählich bewußt werden und durchaus peinlich im wahrsten Sinne des Wortes sind. So ist mir z.B. nie die Idee gekommen, daß die antikommunistischen Ausfälle eines Kollegen mit seiner siebenjährigen Haftzeit in Bautzen und meiner mangelnden Bereitschaft zusammenhängen könnten, die Möglichkeit zuzulassen, daß diese Haft vielleicht in der Tat Unrecht gewesen ist – geschweige, daß ich von mir aus ein Gespräch mit ihm über diese Zeit gesucht hätte.

Das Eingeständnis der eigenen Versäumnisse bzw. eigener Täuschungen kann mir jedoch nicht von außen aufgezwungen werden: Würde dies geschehen, würde ich voller Überzeugung jede Schuld von mir weisen und den anderen – etwa unter Hinweis auf die Problematik ihres eigenen Verhaltens – die Berechtigung absprechen, sich zu meinen Richtern aufzuwerfen. Die Beweggründe und Gefahren, die mich von der Kritik an den Verhältnissen in der DDR abgehalten und zu mehr oder weniger blinden Parteinahme für sie gebracht haben, waren ja keineswegs nur eingebildet, sondern durchaus real. Es bestand nicht nur die Gefahr, von der falschen Seite vereinnahmt zu werden, sondern auch infolge einer solchen Kritik von denen, die auf der gleichen Seite standen, isoliert, damit politisch unwirksam zu werden und irgendwann – mangels konkreter Alternativen – zu resignieren und sich selbst aufzugeben. Das Problem bestand darin, daß man, indem man darauf verzichtete, sich kundig zu machen, letztendlich die halbe Wahrheit für die ganze nahm und jeden, der diese in Frage stellte, als Bedrohung erlebte.

III.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang für mich die Frage, wieweit die heute allseits zu hörenden Appelle an die ehemals Verantwortlichen und die sogenannten Mitläufer, Schuld einzugestehen und Trauerarbeit zu leisten, nicht kontraproduktiv sind, die Verhältnisse festigen, die sie überwinden wollen. Zumindest ist die Form, in der solche Appelle geäußert werden, außerordentlich problematisch; sie erwecken häufig den Eindruck einer Säuberungsaktion, die darauf zielt, Sündenböcke auszumachen und auszugrenzen. Solche »Säuberungsaktionen« sind aber immer fragwürdig, und zwar zum einen, weil sie, wie die Geschichte zeigt, erfolglos sind, bestenfalls ständigen Anlaß bieten, über die Korruptheit der Menschen zu klagen, und zum anderen, weil sie auf die gleichen

Methoden verfallen, unter denen man selbst gelitten hat bzw. die zu Verhältnissen geführt haben, deren zukünftige Wiederholung man auf jeden Fall verhindern will. Solche Säuberungsaktionen kommen darüberhinaus nie zu einem Ende, sondern führen vielmehr zu einem Klima gegenseitiger Verdächtigungen, in welches immer mehr Personen einbezogen werden, und zwar nicht nur solche, die direkt im Dienst des MfS standen und mit der Überwachung von Leuten ihr Geld verdienten, sondern alle, die in irgendeiner Form mit der »Stasi« in Berührung gekommen sind. So spricht z.B. Jens Reich in der Volkszeitung vom 14. September 1990 von einem »Stasi-Syndrom«, das »Symptome einer politischen Massenneurose« zeige, die in West und Ost quasi bewußtseinsfüllende Breite annimmt und alle übrigen Probleme in den Hintergrund treten läßt. Dabei besteht durchaus der Verdacht, daß, wie z.B. Günter Gaus im Gespräch mit den »Blätter(n) für deutsche und internationale Politik« (Heft 5, 1990) behauptet, gerade diejenigen, die sich arrangiert und damit die Unterdrückung weniger erfahren haben, diese übertreiben, um die eigene Anpassung bzw. Nischenexistenz im Nachhinein zu rechtfertigen.

Statt sich darauf zu konzentrieren, – über die gesetzlich geregelte Strafverfolgung hinaus – »Schuldige« dingfest zu machen oder die unterschiedlichen Grade des »Mitläufertums« und der Verstrickung gegeneinander aufzurechnen, um sich selbst zu entlasten, käme es vielmehr darauf an, sich mit den jeweils eigenen opportunistischen bzw. defensiven, auf die individuelle Absicherung gerichteten Tendenzen auseinanderzusetzen und die Verhältnisse zu bekämpfen, die die Menschen zu einem Verhalten bringen, von dem sie sich nachträglich wieder distanzieren müssen.

Wenn man wirklich will, daß offen über die Mechanismen von Macht und Machtmißbrauch, Mitläufertum und Opportunismus gesprochen wird, muß man auch die Bedingungen schaffen, die dies ermöglichen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist aber, daß dieses Thema nicht als persönliches, sondern als gemeinsames Problem diskutiert wird, das nicht nur einzelne Personen, sondern alle haben, wenn möglicherweise auch – in Abhängigkeit von der konkreten Position und Situation des einzelnen – in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Weise. Wenn man sich die Involviertheit des eigenen Handelns in die Verhältnisse vergegenwärtigt und sich in Erinnerung ruft, wie häufig man sich selbst – i.d.R. aus durchaus nachvollziehbaren Gründen – aus Auseinandersetzungen herausgehalten hat, in die man sich hätte einmischen müssen, wird man Verständnis für diejenigen haben, die sich – möglicherweise nur deswegen, weil sie sich weniger heraushalten konnten – auch subjektiv angreifbarer gemacht haben. Aber genau dieses Verständnis scheint man abzuwehren, weil es die eigene Position moralischer Überlegenheit in Frage stellen und einen in die Nähe jener bringen könnte, denen der allgemeine Zorn gilt. Statt die Strukturen zu analysieren, die solch defensives, opportunistisches Verhalten nahelegen, verfolgt man die ausgemachten Opportunisten, und dies unter Umständen

um so mehr, je mehr man sich selbst gegen mögliche Vorwürfe abschirmen zu müssen meint.

Wie schwierig es ist, zwischen Aufopferung für die Sache, Opportunismus, Mitläufertum und Korruption zu unterscheiden, zeigt sich auch in den Aussagen und Berichten ehemaliger Parteifunktionäre sowie Stasi-Mitarbeiter. Dies macht auch der offene Brief (im ND vom 22./23. September 1990) von Rainer Börner, der vor der Volkskammer seine Beziehungen zum MfS offengelegt hat, zu diesem Vorgang deutlich. Er stellt darin fest, daß sich alle, die möchten, daß sich auch andere ihrer Vergangenheit stellen, überlegen müßten, was sie selbst dazu beitragen können, damit dies wirklich geschieht. Die Vergangenheit sei keineswegs dadurch zu bewältigen, daß einzelne Personen oder Institutionen moralische »Verurteilungen« sowie »Freisprüche« über andere verhängen könnten. Vielmehr käme es darauf an, so präzise wie möglich die Mechanismen zu begreifen, wie die einzelnen sich in das allseitige Überwachungssystem haben integrieren lassen.

Das Problem liegt darin, daß das Handeln selten eindeutig, in der Regel gebrochen, vielfach durch Bedingungen, in die man keinen Einblick hat, durchkreuzt wird. So stellt z.B. Wolfgang Mattheuer in der FAZ vom 17. Oktober fest, daß man sich der Gefahr, mißbraucht zu werden, nur durch Nichtstun oder Weggehen hätte entziehen können, was jedoch auch kein Ausweg aus dem Dilemma gewesen wäre, weil sich natürlich die Frage stellt, wer dann noch im Lande für Veränderung gewirkt hätte? Manfred Gebhardt (1990) spricht in seinem Beitrag »Der Tod des Kreissekretärs« in der Zeitschrift »Ästhetik und Kommunikation« von der »Verstrickung von ehrlicher Überzeugung, notwendiger Disziplin und unausgesprochenen Zweifeln«, für die die Kategorien Schuld – Nichtschuld oder Opfer – Täter viel zu simpel sind. Gerade weil der Staat der ehemaligen DDR von der Zielsetzung der Überwindung jeder Form der Ausbeutung und Unterdrückung ausgegangen ist, ist es um so dringlicher zu begreifen, wie es trotz dieser Ausgangsbasis möglich war, daß sich die Entwicklung in vieler Hinsicht ins Gegenteil verkehrt hat.

IV.

Es besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß die Aufarbeitung vergangener Fehlentwicklungen eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, um diese für die Zukunft zu vermeiden. Aber wie diese Aufarbeitung sinnvoller Weise betrieben werden soll, steht – zumindest theoretisch – durchaus zur Disposition. Praktisch sieht es allerdings anders aus. Es kostet durchaus Überwindung, den allgemeinen Konsens hinsichtlich der Ausgrenzung ehemaliger Angehöriger des MfS und der SED sowie der jetzigen PDS zu durchbrechen, und zwar aus der Angst heraus, damit selbst in Verdacht zu geraten, Dreck am Stecken zu haben, aus der Vergangenheit nichts lernen zu wollen, unter der Hand die

alten Verhältnisse wieder herstellen zu wollen, pro domo zu reden, was einen gemäß herrschender Ideologie ohnehin ins Unrecht setzt.

Ich will im Folgenden dennoch kurz einige Gründe anführen, die für eine andere Form der Aufarbeitung der Vergangenheit sprechen, die nicht die Ausgrenzung der sog. »Schuldigen« zum Ziele hat.

1. Eine Vergangenheitsbewältigung, die sich auf die Ausgrenzung schuldig gewordener Personen richtet, statt sich mit den gesellschaftlichen Strukturen auseinanderzusetzen, unter denen es zu diesem schuldhaften Verhalten gekommen ist, bewältigt die Vergangenheit keineswegs, sondern verhindert eher die Aufarbeitung. Schon Freud hat festgestellt, daß die Vermittlung von Schuldgefühlen ein wesentliches Mittel ist, um die Menschen klein und manipulierbar zu halten, die herrschenden Machtverhältnissen vor Kritik zu schützen und damit zu festigen.

2. Wenn die Offenlegung der individuellen Verstrickungen in unterdrückte Verhältnisse nichts als die eigene Ausgrenzung bringt, wird man tunlichst den Mund halten und alles versuchen, sich selbst als bloßes Opfer der Verhältnisse darzustellen und seinerseits die moralische Berechtigung seiner Richter in Frage stellen. »Schuld« wird man nur in dem Maße zugeben können, wie sie nicht als Ausdruck der eigenen Charakterschwäche und Niedertracht erscheint, sondern im Zusammenhang mit den konkreten Bedingungen reflektiert und einem zugleich die Möglichkeit gelassen wird, sie produktiv zu wenden, was wiederum nur dann gelingen kann, wenn man nicht ausgegrenzt wird. Keiner wird sich freiwillig der Öffentlichkeit stellen, wenn der Stab über ihn praktisch schon gebrochen ist, alles, was er tut oder unterläßt, gegen ihn gewendet wird.

3. Die anpassende Funktion der personalisierenden Vergangenheitsbewältigung erweist sich auch darin, daß bei der Suche nach »Schuldigen« die bundesrepublikanischen Disziplinierungsmaßnahmen völlig aus dem Blickfeld geraten. Typisch scheint mir, daß in einer Zeit, wo alle mit der Aufdeckung der Stasi-Vergangenheit beschäftigt sind und die Empörung darüber alle Grenzen überschreitet, man kaum ein Wort über die geplante gesetzliche Verankerung der systematischen Überwachung der Ausländer in unserem nunmehr gemeinsamen Lande verliert.

4. Die übliche Form der Vergangenheitsbewältigung, bei der jeder in Verdacht gerät und wiederum andere verdächtigt, läßt die ehemalige DDR als ein Land von Stalinisten, Versagern, Opportunisten und Mitläufern erscheinen. Diese Sichtweise entspricht in mehrfacher Weise den Interessen der nunmehr Herrschenden: Indem zum einen in Abhebung von diesem Zerrbild die ehemalige BRD als Inkarnation der Freiheit, Demokratie, Initiative, Tüchtigkeit und Zivilcourage erscheint; und indem zum anderen die allgemein behauptete Miefigkeit der DDR-Bürger die brutale Rücksichtslosigkeit, die über sie hereinbricht, als eine bestimmte Form der Entwicklungshilfe, als frischen Wind, der alles Marode hinwegfegt, durchaus gerechtfertigt erscheinen läßt. Und indem zum

dritten die allseits konstatierte Unterentwickeltheit der DDR-Bürger es quasi selbstverständlich sein läßt, wenn sich diese mit halben Löhnen und längeren Arbeitszeiten abfinden müssen.

Diese Sichtweise wird wieder einmal durch entsprechende psychologische bzw. psychoanalytische Theorien über die »psychischen Deformationen« der DDR-Bevölkerung gefestigt. Solche Theorien stellen eine zusätzliche Anpassungsleistung dar, indem sie die subjektiven Schwierigkeiten, die aus der aktuellen Verunsicherung und Entwertung resultieren, eilfertig zu Nachwirkungen stalinistischer Verhältnisse erklären, die sich zu »psychischen Strukturen« verdichtet haben sollen. So läßt z.B. die These, daß die ehemaligen DDR-Bürger und -Bürgerinnen ein Defizit an »Ich-Stärke« hätten, was wiederum auf deren frühkindliche Unterbringung in Krippen zurückgeführt wird, den faktischen Abbau dieser sozialen Versorgungseinrichtung unmittelbar als Wohltat erscheinen.

5. Die allgemeine Abwertung der ehemaligen DDR und damit auch ihrer Menschen entspricht nicht nur der Logik des Kapitals, sondern scheinbar auch den Interessen der westdeutschen Bevölkerung, indem sie deren Privilegien rechtfertigt. Eine solche Sichtweise greift umso eher, als die Auflösung der DDR auch die bundesrepublikanische Ordnung bzw. die mühselig errungenen individuellen und auch kollektiven Arrangements, Kompromisse, Privilegien, Freiräume etc. ins Wanken bringt. Die weitgehende Tolerierung der Abwertung der DDR-Bevölkerung durch die westdeutsche Bevölkerung kann sich dabei in durchaus unterschiedlicher und z.T. auch »progressiver« Form äußern: etwa als mehr oder weniger verdeckte Konkurrenzangst oder als Sorge um das politische Klima, das durch die allgemein zurückgebliebenen »Ostler« Schaden nehmen könnte. Daß deren allgemeine Entrechtung und Diffamierung mit zu einer politischen Haltung beitragen könnten, gegen die man sich nachträglich abschotten zu müssen meint, wird dabei geflissentlich übersehen.

Statt sich über die anderen zu empören oder zu mokieren, käme es vielmehr darauf an, sich mit der möglichen Fragwürdigkeit des jeweils eigenen Verhaltens und deren Voraussetzungen zu beschäftigen, also auch die Problematik der allgemeinen Neigung zu erkennen, sich über andere moralisch-geistig zu erheben, damit zugleich die Notwendigkeit, mit ihnen solidarisch die Lebensbedingungen aller zu verbessern, abzuwehren.